

phischen und wirtschaftlichen Gründen in Zukunft sogar notwendig sein wird, sind Regierung und Bevölkerung der meisten Länder Europas kaum vorbereitet.⁴⁶ Die immer noch vorherrschenden Defensivkonzepte sowie die Fiktionen territorialer Exklusivität und, vor allem in Deutschland, auch der völkischen Homogenität⁴⁷ sind geeignet, ein Politikversagen vorzuprogrammieren.

Uwe Berndt, M.A., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Arnold-Bergstraesser-Institut in Freiburg/Br.

BEATE WINKLER

Spannungsfelder des Zusammenlebens

In welcher Weise das Zusammenleben von deutscher Mehrheit und zugewanderten Minderheiten positiv gestaltet werden kann, ist für die Gesellschaft der Bundesrepublik zu einer entscheidenden Zukunftsfrage geworden. Wir wissen bereits heute, daß in Deutschland immer mehr ethnische und kulturelle Minderheiten leben werden. Aufgrund der starken Überalterung der Bevölkerung ist die deutsche Gesellschaft – wie alle europäischen Nachbarstaaten auch – auf Einwanderung angewiesen. Ebenso weiß man, daß die sich weltweit verstärkenden Wanderungsbewegungen vor den Toren Deutschlands und der Europäischen Gemeinschaft nicht haltmachen werden.

I. DIE POLITISCHEN HERAUSFORDERUNGEN

Um so weniger ist es daher verständlich, daß die Dimension der Problematik weder von den politischen Parteien noch von entscheidenden gesellschaftlichen Kräften verantwortungsvoll genug wahrgenommen wird. Viel zu wenig ist zum Beispiel Politikerinnen und Politikern

⁴⁶ Bert Rürup, Mittel- und langfristige Perspektiven der soziodemographischen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland: Herausforderung und Optionen, in: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik 9 (1989) 3, 99–102.

⁴⁷ Dieter Oberndörfer, Der Wahn des Nationalen: Die Alternative der offenen Republik, Freiburg 1993 (Herder Spektrum; 4279).

bewußt, daß fast alle gesellschaftlichen Kernprobleme – die demographische Situation, die Deutsche Einigung, die zunehmende Gewaltbereitschaft vor allem bei Jugendlichen, die soziale Situation – sich unmittelbar auf das Zusammenleben von einheimischer Mehrheit und zugewanderten Minderheiten sowie auf die Fragen von Wanderung und Einwanderung erstrecken.

1. Die Einwanderungssituation

Vielen ist auch zu wenig deutlich, wie vielschichtig und auch widersprüchlich sich die weithin immer noch tabuisierte Einwanderungssituation gestaltet, in der sich die deutsche Gesellschaft befindet.

Sie läßt sich grob zusammenfassen und kennzeichnen von zwei Begriffen, die von Klaus J. Bade¹ entwickelt wurden:

a) Menschen über Grenzen:

- Die Zuwanderung der früheren »Gastarbeiter«, mit deren Anwerbung man in den 50er Jahren begonnen hatte und die mittlerweile zwar de jure noch Ausländer sind, de facto jedoch als Einwanderer bezeichnet werden können.
- Der Zuzug von deutschstämmigen Aussiedlern, die zwar Deutsche sind, aber oft auch Schwierigkeiten haben, die mit denen von Ausländern vergleichbar sind und entsprechende Unterstützungsmaßnahmen bei der Integration brauchen.
- Flüchtlinge, die aus unterschiedlichen humanitären, ökologischen oder ökonomischen Gründen Zuflucht in der Bundesrepublik suchen.
- Der Zuzug von Illegalen, der allen Einschätzungen nach in den letzten Jahren gestiegen ist.

b) Grenzen über Menschen:

- Immer noch weitgehend unbewältigt sind die Fragen der Deutschen Einigung. Nicht nur die früheren Übersiedler, die von der früheren DDR in die Bundesrepublik kamen, sahen sich mit ganz anderen kulturellen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Orientierungen und Verhaltensweisen konfrontiert, sondern ebenso viele Menschen in den fünf neuen Bundesländern jetzt. Viele fühlen sich fremd im eigenen Land und haben Verständigungs- und Anpassungsprobleme, die durchaus Parallelen zu denen der zugewanderten Bevölkerung haben.

2. Die konzeptionellen Defizite

Doch nicht nur unzureichende Wahrnehmung und fehlendes Problembewußtsein sind zu beklagen, sondern auch konzeptionelle Defizite. Zum Beispiel:

- Die Tabuisierung der Einwanderungssituation, die nach wie vor zu beklagen ist. Sie zeigt sich in Schlagworten wie »Deutschland ist kein Einwanderungsland«.² Dies hat fatale

¹ Klaus J. Bade, *Deutsche im Ausland, Fremde in Deutschland*, München 1992, 443–446.

² Cornelia Schmalz-Jacobsen/Holger Hintze/Georgios Tsapanos, *Einwanderung – und dann?*, München 1993, 20–21.

Auswirkungen: Es fehlt an politischen Konzeptionen und Strategien für eine unserer wichtigsten Zukunftsaufgaben. Es gibt keine aufeinander abgestimmte Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik, die sowohl die unterschiedlichen zugewanderten Gruppen übergreifend erfaßt, als auch alle wichtigen Lebensbereiche berücksichtigt und differenzierte Lösungsmöglichkeiten anbietet.

- Ebenso mangelt es auch an den Steuerungsinstrumentarien, die einem formalen Einwanderungsland zur Verfügung stehen, um auf die Einwanderungssituation reagieren zu können. Dort ist man auf die Einwanderung vorbereitet, hat entsprechende Steuerungsinstrumentarien (z. B. Quotierung) geschaffen. In der Regel ist auch eine Infrastruktur aufgebaut, die die Eingliederungsprozesse erleichtert und Regierungsstellen geschaffen, die für den Steuerungs- und Integrationsprozeß zuständig sind.

II. DIE GESELLSCHAFTLICHE SITUATION

Fehlende Konzeptionen und Strategien führen dazu, daß kaum politische und gesellschaftliche Perspektiven für das Zusammenleben von einheimischer Mehrheit und zugewanderten Minderheiten vermittelt werden. Diese Perspektivlosigkeit von Politik trifft zudem auf eine diffuse Zukunftsangst in der Bevölkerung, die sich sowohl in der zunehmenden Gewaltbereitschaft zeigt, vor allem aber in der allseits beklagten Politikverdrossenheit immer deutlicher hervortritt. Die Politikverdrossenheit und das fehlende Vertrauen beziehen sich nicht nur auf einzelne Personen, sondern auf die demokratischen Parteien insgesamt und nehmen ständig weiter zu. Auch die Angst vor der Zukunft wächst: Laut einer FORSA-Untersuchung vom September 1993 haben mehr als zwei Drittel der Bundesbürger Angst um Deutschlands Zukunft. 60% der Befragten in Ost und 67% in Westdeutschland gaben an, Angst zu haben, wenn sie an Massentlassung, Konjunkturabschwung und fehlende Akzeptanz der Politik denken.

Diese »Zukunftsangst« wirkt sich immer deutlicher auf die Fragen des Zusammenlebens aus, obwohl sie mit dem eigentlichen Thema »Mehrheit und Minderheiten« oft überhaupt nichts zu tun hat.³ Auf der Suche nach dem »Sündenbock« für diese Zukunftsangst, der »schuld« an der eigenen Unsicherheit und an der unsicheren Situation haben soll, bietet sich für viele der vermeintlich »Fremdere« an: Auf ihn kann man die eigenen Ängste projizieren. Die Rettung aus der Verunsicherung heißt dann: »Deutsch-Sein«. Man selbst »hat etwas«, was andere einem nicht nehmen können. Dieses Gefühl dient dazu, die schleichende Abwertung und

³ Beate Winkler, *Zukunftsangst Einwanderung*, München, 3. Auflage 1993, 67–94.

Ausgrenzung von Minderheiten zu legitimieren, sich selbst zu erhöhen.⁴ Diese diffuse Zukunftsangst, die das Zusammenleben von deutscher und zugewanderter Bevölkerung belastet und sich auch in der ständig sich steigenden Gewaltbereitschaft äußert, hat die unterschiedlichsten Ursachen, die nur kurz skizziert werden können:

1. Orientierungskrise

Unsere Gesellschaft befindet sich seit längerem in einer tiefen Orientierungskrise und in einer Umbruchsituation. Von vielen wird unsere Gesellschaft zunehmend als unübersichtlich und nicht mehr faßbar empfunden, auch durch die Deutsche Einigung, die weder vorhergesehen, noch in ihren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen auch nur einigermaßen zutreffend eingeschätzt wurde. Bindungen, Wertorientierungen und Institutionen haben zudem an bindender Kraft verloren. Zusätzlich negative Auswirkungen haben die Entwicklungen in Osteuropa. Der Zerfall der politischen Systeme, die tiefgreifenden Umstrukturierungen, Modernisierungsschübe, die unsere Gesellschaft in den letzten Jahren durchlaufen hat, bewirken bei vielen Orientierungslosigkeit und Verunsicherung, die ein Doppeltes zur Folge haben: Die Angst vor dem Fremden wächst und schlägt sich unmittelbar in Abwehr gegenüber Fremden nieder.

In besonderer Weise trifft diese Orientierungslosigkeit Jugendliche und schlägt sich bei ihnen auch in einer zunehmenden Gewaltbereitschaft nieder. So ist es fast eine zwangsläufige Folge, daß Autoritätsgläubigkeit, nationales Denken und extremistische Haltungen bei Jugendlichen sowohl in West- als auch in Ostdeutschland immer stärker zunehmen und deutlicher hervortreten. Gerade in Zeiten, in denen von ihrer Entwicklungsphase her Eindeutigkeit und Klarheit gewünscht sind, treffen Jugendliche auf eine hochkomplizierte und -komplexe Situation, die durch eine entsprechende Jugendarbeit nicht aufgefangen wird. So wird bei ihnen die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, vor weiterem sozialem Abstieg immer größer. Gleichzeitig wird der Ruf nach den »Vereinfachern« und den »einfachen Antworten« immer lauter.

Seit langem vorliegende wissenschaftliche Untersuchungen von Jugendforschern⁵ werden von Psychoanalytikerinnen und Psychoanalytikern

⁴ Bodo Morshäuser, *Hauptsache Deutsch*, Frankfurt 1992.

⁵ Wilhelm Heitmeyer/Kurt Möller/Heinz Sünker (Hg.) *Jugend-Staat-Gewalt*, Weinheim/München 1993.

bestätigt.⁶ Sie sehen die Ursache des starken Zulaufs zu rechtsradikalen Gruppierungen und rechtsradikal orientierten Personen vor allem darin, daß sie Jugendlichen etwas bieten, was die Gesellschaft und die Politik nicht leisten und auch nicht leisten können: Einfache Antworten, die das tiefe Bedürfnis nach Zugehörigkeit, nach Eindeutigkeit befriedigen. Statt die Orientierungslosigkeit und die Suche nach Werten und Perspektiven produktiv aufzugreifen und einen gesellschaftlichen Diskurs – auch über die Frage unserer »nationalen Identität« zu führen, die seit der Deutschen Einigung aussteht –, wird die Orientierungslosigkeit zwar permanent beschworen, aber kaum produktiv und diskursiv aufgegriffen: Es fehlt der gesellschaftliche, aber auch kulturelle Diskurs darüber, zu welcher Gesellschaft sich die Bundesrepublik entwickeln will: Zu einer Gesellschaft, in der hierarchisches, autoritäres und fremdenfeindliches Denken Fuß faßt? Oder wird es gelingen, teilhaben zu lassen, nicht abzuwerten und auszugrenzen?

2. Verdrängung und Verschiebung von sozialen Problemen

Die fehlende gesellschaftliche und kulturelle Orientierung trifft auf eine schwierige soziale Situation in der Bundesrepublik. In ihr befinden sich immer größere Bevölkerungsschichten, nicht nur durch die Deutsche Einigung und die damit verbundenen Kosten, sondern auch durch den langanhaltenden Trend unserer Gesellschaft zu einer sog. Zwei-Drittel-Gesellschaft: Dies bedeutet, daß in unserer Gesellschaft eine Entwicklung stattgefunden hat, die die Lebensbedingungen von zwei Dritteln der Bevölkerung verbessert, aber diejenigen eines Drittels erheblich verschlechtert hat.⁷ Für diese erhebliche Verschlechterung der Situation wird von vielen die zugewanderte Bevölkerung verantwortlich gemacht. Folgende Aspekte spielen hier eine besonders wichtige Rolle:

- Der sich verschärfende Kampf um Arbeitsplätze: Viele Menschen empfinden die ausländische Bevölkerung gerade in Zeiten von wachsender Arbeitslosigkeit als bedrohliche Konkurrenz, obwohl sie ganz andere Arbeitsplätze einnimmt als Deutsche und in dem Sinne gar nicht als Konkurrenz bezeichnet werden kann.
- Die Konkurrenz um Wohnungen: Bei wachsender Wohnungsnot – in Deutschland fehlen 3 Millionen Wohnungen: 2 Millionen Wohnungen in den alten und 1 Million in den neuen Bundesländern – verstärkt sich das Gefühl: »Die Ausländer nehmen uns die Wohnungen weg.« »Für die Aussiedler und Asylsuchenden stellt man Wohnungen zur Verfügung, aber wo bleiben wir?« Diese schnellen Schuldzuweisungen verhindern, daß man die

⁶ Werner Bohleber, in: Gute Absichten – fatale Folgen? Dokumentation der Tagung des WDR vom 8. Mai 1992, 17–27.

⁷ Diether Döring/Walter Hanesch/Ernst-Ulrich Huster, Armut im Wohlstand, Frankfurt 1990, 7–12.

eigentlichen Ursachen für die akute Wohnungsnot fast vergißt: der Trend zu Ein-Personen-Haushalten, der Abbau der Förderung des sozialen Wohnungsbaus, der Wunsch nach größeren Wohnungen und Zweitwohnungen.

- Die kulturelle Deklassierung der Wünsche der sozial Schwachen: Zusätzlich wird diese, für viele immer schwierigere Situation noch dadurch belastet, daß ein Teil der gut verdienenden Mittel- und Oberschicht zunehmend mehr Freizeit haben möchte und zu Einkommensverzicht bereit ist. Sie hat wenig Verständnis für die Sorgen und Nöte der sozial Schwächeren.
- Für sie ist es leicht, die Vorteile des »multikulturellen Lebens« zu genießen, befindet sie sich doch kaum in einer Konkurrenz zu der zugewanderten Bevölkerung. So geschieht es auch, daß die Ängste der sozial Schwachen um den Arbeitsplatz oder auch um Einschränkungen der Bildungschancen der eigenen Kinder durch einen hohen Ausländeranteil in Schulen schnell als Fremdenfeindlichkeit abgestempelt werden. Die sozial schwache Schicht sieht sich in ihren berechtigten Interessen von vielen bürgerlichen Parteien nicht mehr verantwortlich wahrgenommen. Oder ihr begegnen zu hochgeschraubte Erwartungen für ihre Toleranz und Akzeptanz von »Multikulturellem Leben«. Mit ihren Emotionen und Gefühlen, ihren Verunsicherungen und Ängsten bleiben sie oft allein.⁸ Diese können dann leicht von rechtsradikalen Parteien aufgegriffen werden, die die verführerischen, einfachen Antworten zur Hand haben.

3. Polarisierungen und Wahrnehmungsdefizit »Angst«

Die ständigen, gegenseitigen Polarisierungen in unserer Gesellschaft belasten das Zusammenleben zusätzlich. Die Themen »Einwanderung«, »Zusammenleben von Ausländern«, »Ausländerpolitik« und »Fremdenfeindlichkeit« sind in den letzten Jahren immer mehr zu einem Spielball der unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Gruppierungen geworden. Die Situation hat sich – vor allem durch die politische Diskussion, aber auch durch die Darstellung in den Medien – immer deutlicher polarisiert: Hier »der Ausländerfeind«, dort der »Ausländerfreund«, hier »der Gute«, dort »der Böse«. Versäumt wurde dabei meist der Versuch, breiten gesellschaftlichen Konsens in dieser Frage zu finden. Zu wenig wurde wahrgenommen, daß »Fremde« und »Fremdheit« immer Verunsicherung auslösen und es häufig eine Frage der eigenen Kompetenz ist, ob man ihr mit Neugier begegnen kann und die Faszination überwiegen läßt, oder ob die einhergehenden Verunsicherungen so groß sind, daß man nur noch mit Angst und Abwehr antworten kann.

Belastet wird die Frage des Zusammenlebens auch dadurch, daß der Bereich »Angst« nach wie vor ein Wahrnehmungsdefizit ist. Gerade die Verdrängung von Ängsten kann zu Aggressionen führen, zu sich steigernder Fremdenfeindlichkeit, wachsendem Rassismus und Antisemitismus.

⁸ Daniel Cohn-Bendit/Thomas Schmid, Heimat Babylon, Hamburg 1992, 324–326.

Der gesamte emotionale Bereich von Angst und Abwehr, die Entwicklung der Fähigkeit, mit Emotionen, Ängsten und Aggressionen kompetenter umgehen zu können, ist eines der schwerwiegendsten Defizite in diesem Bereich: Kaum eine Konzeption, kaum eine Strategie, kaum eine Umsetzung beispielsweise im Politik- und Medienbereich hat dies ausreichend berücksichtigt. Mit Vorurteilskatalogen, mit Informationen und Argumenten versuchte man, dem Phänomen »Fremdenfeindlichkeit« auf die Spur zu kommen und verdrängte durch diese reduzierte Vorgehensweise die Ängste wiederum.

Dieses Verhalten prägt den Ausländerbereich und führt zu Schuldzuweisungen, die eine adäquate Behandlung und Erarbeitung der zu lösenden Probleme meist verhindern. Zudem wurde die persönliche Kompetenz, mit Ängsten und Konflikten besser umzugehen, nicht gestärkt.

Die »Angst vor dem Fremden« als etwas wahrnehmen und erleben zu können, das zu vielen Menschen gehört und das man auch deshalb aufgreifen sollte, um damit angemessener umzugehen, muß stärker in die Diskussion gestellt werden. Gefühle und Abwehrhaltungen müssen sowohl bei der Analyse der Situation als auch bei der Entwicklung von Konzeptionen deutlicher berücksichtigt werden, um sie entsprechend aufgreifen und bewältigen zu können. Nur so können wir verhindern, daß das Verdrängen des eigenen Fremdheitsgefühls auf den anderen, auf den Fremden projiziert und damit vermeintlich gebunden wird.

4. Problemorientierte Darstellung und der Umgang mit Fremdenfeindlichkeit

Die überwiegend problemorientierte Darstellung des Themas »Ausländer« prägt zusätzlich das Zusammenleben negativ. Sie überwiegt nicht nur in der Politik, sondern auch in den Medien und bei den meisten Veranstaltungen, Diskussionen und Vorträgen. Die ausländische Bevölkerung wird meist im Zusammenhang mit Problemen und etwas Bedrohlichem dargestellt. Die verschiedenen positiven Ansätze werden dadurch zu wenig gestärkt. Die ständig negative Sichtweise und die starke Konzentration auf die Phänomene »Fremdenfeindlichkeit« und »Gewaltbereitschaft« bei fast allen öffentlichen Erklärungen und Kampagnen führen dazu, daß kaum gelernt wird, wie wir produktiv und positiv in unserer Gesellschaft mit kultureller Unterschiedlichkeit umgehen können: In den Schulen, am Arbeitsplatz, in den Medien, um nur einige Beispiele zu nennen.

In diesem Zusammenhang ist es auch erforderlich, daß die Kooperations- und Kommunikationsprobleme, die Mehrheit und Minderheiten mitein-

ander haben, substantiell aufgegriffen und in verständliche Zusammenhänge gebracht werden (z.B. unterschiedliches Rollenverhalten von Mann und Frau, Zeitgefühl, Bedeutung von Scham und Schuld, die Einflüsse des Islam). Durch die Wahrnehmung der kulturellen Unterschiedlichkeit und der damit verbundenen Kommunikationsprobleme lassen sich produktive Ansätze entwickeln.

III. FAZIT: WAS IST ZU TUN?

Patentrezepte wird es nicht geben, einfache Antworten ebenso wenig. Doch eine vorausschauende, abwägende Politik wird im Konsens mit den relevanten gesellschaftlichen Kräften eine Fülle von Einzelfragen lösen können, die insgesamt zu einer neuen politischen Qualität führen können. Kurz-, mittel- und langfristig müssen daher Konzeptionen und Strategien erarbeitet werden,⁹ um

- auf die Wanderungsbewegungen und die Fluchtursachen Einfluß nehmen und die Einwanderung steuern zu können (Migrationspolitik),
- die Eingliederung der Einwanderer zu unterstützen, Maßnahmen zu ergreifen, um Konflikte und Spannungsfelder zwischen einheimischer Mehrheit und zugewanderten Minderheiten möglichst weitgehend zu entschärfen (Integrationspolitik),
- den eingewanderten Minderheiten die politische, rechtliche, gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe an dem Leben in der Bundesrepublik gleichberechtigt zu ermöglichen und sie dafür in ihrer Selbstverantwortlichkeit zu unterstützen (Minderheitenpolitik).

Diese Politik muß ganzheitlich gestaltet werden, d. h.:

- Sie muß den gesellschaftlichen Kontext berücksichtigen, d.h. unter anderem die Arbeitsmarkt-, Wirtschafts-, Kultur-, Bildungs-, Wohnungs- und Gesellschaftspolitik, aber auch Außen- und Entwicklungspolitik.
- Sie muß sich auf alle Gruppen der Zuwanderer erstrecken. Konzeptionen und Strategien werden so für Ausländer, Asylsuchende und Aussiedler gemeinsam formuliert. Unterschiedliche Lösungen werden aber dort gesucht, wo sich die Probleme der einzelnen Gruppen von anderen unterscheiden.

⁹ Claus Leggewie, Multi-Kulti, Nördlingen, 142-156.

- Sie berücksichtigt alle politischen Ebenen: Bundesländer, Bundesebene, die europäische, die internationale Dimension und stimmt sie aufeinander ab.
- Sie berücksichtigt die verschiedenen Interpretationszusammenhänge, also nicht nur Sachverhalte und Fakten, sondern auch Gefühle, Ängste und Abwehrverhalten und greift Konflikte auf, um sie bewältigen zu können. Dadurch wird eine weitere Polarisierung verhindert, ambivalente Gefühle werden leichter ertragen.
- Nicht zuletzt versucht sie das Meinungsfeld positiv zu besetzen und spricht sich für das Zusammenleben positiv aus.

Bei der Entwicklung von entsprechenden ganzheitlichen Konzeptionen und Strategien wäre es dann auch möglich, die drei Grundvoraussetzungen zu schaffen, die für ein Zusammenleben unerlässlich sind und immer noch weitgehend fehlen. Dies sind:

1. Die Vermittlung von politischen, gesellschaftlichen, kulturellen Perspektiven und Orientierungen,
2. die Entwicklung von Spielregeln, um institutionelle und persönliche Diskriminierungen zu beheben.¹⁰ Es müssen auch Spielregeln für das Zusammenleben entwickelt werden, wie z.B. die Regel, daß die Menschenrechte dem »Recht auf kulturelle Unterschiedlichkeit« immer eine Grenze setzen. Sie sind Grundkonsens für unser Zusammenleben.
3. Die Benennung von Interessen, die die deutsche Bevölkerung und die zugewanderte Bevölkerung an einem Zusammenleben haben.¹¹ Dies sind zum Beispiel Hinweise wie:
 - daß die Gesellschaft der Bundesrepublik wegen ihrer demographischen Situation langfristig auf Einwanderung angewiesen ist,
 - daß Einwanderer ihre Arbeitskraft, ihr spezifisches Arbeitsvermögen und ihr Geld in die deutschen Entwicklungen einbringen,
 - daß die zugewanderte Bevölkerung das Bruttosozialprodukt 1991 um 90 Milliarden DM gesteigert hat,
 - daß auch bei einem Abzug der öffentlichen Zuwendungen (z.B. Sprachkurse, Wohnungszuweisungen) durch die Zuwanderung ein Nettogewinn von 41 Milliarden DM erzielt wird,

¹⁰ Heiner Geißler, *Zugluft*, München 1990, 182–190.

¹¹ Winkler, *Zukunftsangst Einwanderung* (Anm. 3) 95–97.

– daß andere Völker Lebensweisen und Orientierung entwickelt haben, die unser gesellschaftliches Leben unmittelbar bereichern. Kultur lebt vom Austausch.

Für diese konzeptionelle und auch strukturelle Entwicklung und Umsetzungsarbeit ist der Konsens in der breiten Bevölkerung notwendig, um gegenseitige schädliche Polarisierungen abzubauen, einseitige Schuldzuweisungen zu überwinden und gemeinsame Perspektiven zu entwickeln, in denen sich die unterschiedlichsten Gruppierungen wiederfinden können. Hier heißt es anzusetzen, gemeinsam mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen. Um mit *Primo Levi* zu sprechen: Wer – wenn nicht wir? Und wann – wenn nicht jetzt?

Beate Winkler, Dr. jur., ist Referentin im Amt der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung.

NORBERT BRIESKORN S.J.

Asylrecht – Ausländergesetzgebung – Einwanderungsrecht. Fakten und Desiderate in bezug auf den rechtspolitischen Umgang mit der Migrationsproblematik in Deutschland

I. ZUM HINTERGRUND DER RECHTSPOLITIK

1. *Allgemeine Einflüsse auf die Rechtspolitik*

Zu behandeln ist unser Thema aus der Sicht eines seßhaften Volkes, zu dem zwar nicht Völker in ihrer Gesamtheit, so aber doch Menschen in hoher Zahl strömen. Die Bundesrepublik gilt ihnen als reiches, sicheres und Arbeit anbietendes Land, ihre eigene Heimat hingegen als arm an Lebens- und Arbeitsmöglichkeiten, die sie oft als an ihnen uninteressiert, unsicher, ja gelegentlich lebensbedrohend erfahren.

Die Migration kommt in Gang, weil Menschen um ihres Überlebens willen die Umgebung, welche ihnen Selbstwert und Anerkennung vermittelt, aufgeben und sich in ein fernes, klimatisch, sprachlich wie mentalitätsmäßig fremdes Land begeben müssen. Sicherer Verlust tauschen sie gegen ein Wagnis ein, und Leben können sie erst einmal lediglich